



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ostmark, Regierung und Volksratsbewegung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ostmark, Regierung und Volksratsbewegung



uf der rechten Seite scheint man die Empfindung zu haben, als habe der Osten „enttäuscht“, auf der linken dagegen möchte man mit Genugtuung konstatieren, daß die Politik der ostmärkischen Volksratsbewegung Schiffbruch gelitten habe. Wir Deutsche — auf diesen Sammelnamen machen wir jetzt nur in ethnographischer Hinsicht Anspruch — können nun einmal die Angelegenheiten unseres Vaterlandes nicht anders als vom Parteistandpunkt beurteilen; dies galt und gilt auch für das Verhalten der öffentlichen Meinung zu den Dingen, die sich in der Ostmark abgespielt haben. Ebensovienig wie das Deutschtum noch eine politische Einheit darstellt, ebensovienig gibt es eine öffentliche Meinung des deutschen Volkes, sondern man muß sich daran gewöhnen, sich für eine der öffentlichen Parteimeinungen als die maßgeblichste zu entscheiden. Die mehrheitssozialdemokratische Partei und das Zentrum, die beide die Stützen der Regierung bilden, erheben den Anspruch, ihren Parteistandpunkt als öffentliche Meinung gewertet zu sehen, die rechtsstehenden Parteien treten hierzu in Opposition; man setze sich abwechselnd eine der beiden Parteibrillen auf und — unter Verzicht auf die Denkmittel des gesunden Menschenverstandes — betrachte den Zusammenbruch der Ostmark. Man erhält dann die beiden im Eingangssatze geschilderten Eindrücke. Die Nutzenanwendung, die sich aus einer derartigen Betrachtung der Dinge ergibt, schafft Wasser auf die Parteimühle; für das Interesse der Allgemeinheit wäre sie belanglos. Das ist das wirklich Betrübbende an dem Zusammenbruch im Osten.

Es handelt sich eben um einen Zusammenbruch, die Frage ist nur die, was darunter verstanden werden muß. So wie das Problem hier angechnitten worden ist, wird dem Beurteiler sich auch die Antwort aufdrängen, daß ein Zusammenbruch der Parteipolitik gemeint ist. Wer darin die Antwort sucht, befindet sich auf dem richtigen Wege.

Als der Novemberumsturz erfolgte und das Lebensschicksal des deutschen Volkes — für die Übergangswochen bis zur Bildung einer einigermaßen festen neuen Staatsautorität — parteipolitischen und doktrinären Experimentierkünsten überantwortet wurde, stürzte auch das solide, seit den Tagen des großen Friedrich begründete Staatsgefüge in der Ostmark zusammen, und das kostbare Gut, das wir als unveräußerlich von unseren Vätern ererbt hatten, sollte herrenlos auf der Straße liegen bleiben, sollte dem Zugriff eines jeden offen stehen, der es besser zu würdigen wußte, als wir. Auch wir Deutsche in der Ostmark wollten umlernen, wir wollten aber nicht bloß verzichten, wie die neuen Regierungsmänner von dem Schlage des Herrn von Gerlach predigten, wir wollten behalten, was uns zustand, und uns in dem mit den Polen teilen, woran sie ein Mitrecht

hatten. So entstand die Volksratsbewegung. Es ist darunter die Bewegung zu verstehen, die in Posen und Westpreußen einen parteilosen, nur auf dem Bekenntnis zum Deutschtum fußenden Zusammenschluß aller Deutschen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und des Standes hervorrief und eine selbstgewählte Vertretung in lokalen Volksräten schuf. Zu einem Teile richtete sie sich gegen jede Tendenz einer deutschen Regierung, berechnete Interessen des ostmärkischen Deutschtums zu opfern, und sei es auch nur im Kompensationswege, auf der anderen Seite wollte sie den Ausgleich mit den Polen herbeiführen, den die frühere Regierung unterlassen hatte und den die neue nicht fähig schien, aus eigenem Antriebe in beiderseitigem Interesse durchzudrücken. Die Ostmark stand der neuen Regierung nach der Entsendung des Herrn von Gerlach und den Regierungsmethoden des Herrn Erzberger von vornherein mit ablehnendem Mißtrauen gegenüber und hatte das Gefühl, daß aus ihrer Haut die Riemen für die Einpeitschung der famosen Wilsonschen Prinzipien geschnitten werden sollten. Verlassen von den Hütern der alten Ordnung, neuen Leuten überantwortet, die nicht wußten, wo anfangen und wo endigen, die entschlossen schienen, sich nicht von dem unwandelbaren Interesse der Gesamtheit, sondern von der Konjunktur des Wilsonschen Allheilmittels leiten zu lassen und dementsprechend, als ob es sich um eine Marktware handelte, nach dem politischen Kurszettel bald auf Hausse, bald auf Baïsse spekulierten — in diesem Stadium besann die Ostmark sich auf sich selbst und schuf sich in den auf breiterer demokratischer Grundlage gewählten Volksräten eigene Vertretungen, die das Interesse der Ostmark wahrnehmen sollten. Das war ja das Traurige an den Zeiten nach dem Umsturz, daß matte Theorien und Doktrinen den Vorrang vor der Befriedigung der realen Bedürfnisse des Volkes erhielten. Man berauschte sich an Schlagworten, träumte von dem Siege neuer Weltbeglückungs Ideen, die dem Hirne Wilsons niemals so entsprungen waren, wie sie deutscherseits aufgefaßt wurden, man schwelgte in dem Bestreben, ein Parteiprogramm nun endlich in radikalster Weise verwirklichen zu können, und man lenkte zu spät ein, als die Erkenntnis dämmerte, daß auch die liberalste Regierung schließlich nicht mehr geben kann, als sie selbst besitzt. Nichts charakterisiert das werdende neue Deutschland besser als wenn man die Periode von dem Umsturz bis zur Überreichung der ersten Friedensbedingungen damit kennzeichnet, daß die neue Regierung sich bestrebt zeigte, sich gegenüber den von rechts und links drohenden feindlichen Bestrebungen im Widerspruch mit sich selbst, mit den einmal verkündeten Grundsätzen zu erhalten. Die Regierung wollte sicherlich das Beste, sie wußte aber auch, daß sie es mit den ihr verfügbaren, d. h. mit den ihr nach ihren Grundsätzen allein erlaubten Mitteln nicht durchführen konnte, daß sie mit ihrer Aufgabe notgedrungen scheitern mußte, und trotzdem versuchte sie, an der Spitze zu bleiben, lediglich um ein Parteiprogramm zu retten. In der äußeren Politik verzichtete die Regierung auf jede Initiative, auf jeden Versuch, den farblosen Wilsonschen Prinzipien eigene Färbung zu geben, in der inneren Politik beschränkte sie sich darauf, die Lösung der brennenden Fragen durch Kompromisse hintanzuschieben, die einerseits den Macht hunger der Massen befriedigen, andererseits das Ansehen der Partei stützen sollten. Nirgends zeigte sie Konsequenz, nirgends Festigkeit.

Das Verhältnis der Regierung zur Ostmark war zweideutig. Es hatte fast den Anschein, als ob die Regierung aus Mangel an Mut und Entschlossenheit selbst davor zurückschreckte, sich innerlich über die Folgen der Annahme der Wilsonschen Prinzipien in bezug auf die Ostfragen klar zu werden. Man konnte aus ihrem Verhalten bis zu dem ersten Versailler Gewaltspruch den Eindruck gewinnen, die Regierung schiene sich überhaupt nicht des Ernstes der Lage bewußt zu sein. Zu einer Zeit, als die führenden Kreise in der Ostmark sich längst darüber im Reinen waren, daß die Forderungen der Entente die jetzt Tatsache gewordene Gestalt annehmen würden, schien die Regierung mit dieser Gewißheit nicht zu rechnen, nicht rechnen zu wollen. Selbst der zu großzügigen Verzicht stets bereit gewesene Reichsminister Erzberger glaubte sich noch im März durch seine Äußerung,

die Regierung würde einen Frieden ohne Westpreußen und Danzig niemals annehmen, für späterhin nicht kompromittieren zu können. Die Regierung wollte die ganze Schwere der drohenden Gefahr nicht erkennen; für den Fall, daß sie sie zum Teil erkannt hat, besaß sie nicht den Mut, sie dem Volke zu enthüllen. Das Volk sollte in der süßen Hoffnung auf die Gerechtigkeit des kommenden Wilsonfriedens eingeschlafert werden, damit es nicht vorzeitig die verantwortlichen Leute zum Teufel jagte, die ihm im November diese Illusion vorge spiegelt hatten. Eben-  
 sowenig wie die Regierung zur klaren Erkenntnis der politischen Entwicklung der Ostfrage vorgebrungen war, ebenwienig wie sie gewillt war, dem Volke, insbesondere dem Deutschtum der Ostmark, von vornherein klaren Wein einzuschenken, ebenwienig war sie — und dies ist der schwerste Vorwurf, den die Ostmark gegen sie erhebt — überhaupt geneigt, sich in die Karten sehen zu lassen, die sie in den — Traum gebliebenen Friedensverhandlungen auszuspielen gedachte. Das Deutschtum der Ostmark sollte an die unerschütterliche Festigkeit der Regierung, sie auf keinen Fall preiszugeben, ebenso glauben wie an ihre Fähigkeit, ihren Willen durchzusetzen, damit es ruhig blieb und die innerpolitischen Schwierigkeiten nicht so verschärft, daß die Regierung darüber zu Fall kam. Die Regierung ahnte, daß eine vorzeitig offenbarte Bereitwilligkeit in bezug auf die Abtretung der Ostgebiete sie stürzen würde, und allein schon aus diesem Grunde vermied sie es, offenes Spiel zu treiben. Nur Lören könnte eingeredet werden, daß der Mangel an Offenheit taktisches Manöver gewesen sei, um die Regierung nicht dem Feinde gegenüber, bevor er seine Karten auflegte, festzulegen. Gerade auch gegenüber der Entente wäre Offenheit am Platze gewesen, und die Verdächtigungen, denen unser Volk und seine Regierung seit Abschluß des ersten Waffenstillstandes in unverändertem Maße ausgesetzt war, bewegten sich immer darin, daß es uns mit der Durchführung der Wilsonschen Prinzipien nicht ernst wäre und wir noch bis zum letzten Augenblick auf ein Wunder hofften, das uns gestattete, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Das versteckte Spiel der Regierung, die sich damit har jeden politischen Verständnisses zeigte, hat der Ostmark nichts genützt, es hätte sie sogar verächtlich machen können, vorausgesetzt, daß die Ostmark dieses Spiel gedeckt hätte. Sie hat es nicht getan!

Das zweideutige Spiel der Regierung bezog sich aber nicht allein auf die außerpolitische Behandlung der Ostfrage, also in Hinsicht auf ihr durch den kommenden Frieden zu gestaltendes Schicksal. Auch innerpolitisch fühlte sich die Regierung nicht in der Lage, einen festen, eindeutigen Standpunkt einzunehmen. Dies gilt für ihre Haltung zu der großen Bewegung, die in der Ostmark aus der Not der Zeit geboren wurde: der Volksratsbewegung. Die Volksratsbewegung entsprang dem instinktiven Trieb zur Selbsterhaltung, als die schützende Staatsautorität nicht allein zerfiel, sondern sich, vor allem in der Person des Herrn von Gerlach, auch gegen die berechtigten Ansprüche des deutschen Volksteils der Ostmark wandte. Es ist ein in diesen trüben Tagen, wo manchmal der Glaube an das eigene Volk restlos erschüttert zu werden droht, erhebendes Zeichen für die innere Gesundheit des deutschen Volkes, daß es in der Ostmark die Kraft fand, sich durch eigene gewählte Vertreter — die Volksräte — ohne Rücksicht auf Parteiprinzipien und eigennützige Standes- und Klasseninteressen zusammenzuschließen und sich damit einen festen Halt nach innen und außen zu geben. Auch die Regierung versuchte, sich an dem Halt, den ihr die Volksratsbewegung geben konnte, wieder aufzurichten, in den Augen der nationalgesinnt gebliebenen Deutschen sozusagen zu rehabilitieren, sie fand aber nicht die Entschlußkraft, sich auf die Volksratsbewegung zu stützen. National war der Grundzug der Volksratsbewegung, sie wollte die Ostmark durch inneren Zusammenschluß aller Deutschen, durch tätige Arbeit deutsch erhalten; deshalb kam diese Bewegung der Regierung für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen als Beweis für den hinter ihr stehenden Volkswillen zwar sehr gelegen, innerpolitisch war sie ihr jedoch höchst un bequem, weil sie national war. Der sozialdemokratische Flügel der Regierung fühlte sich durch ein inniges Zusammengehen mit der Volksratsbewegung inner-

politisch geniert, er fürchtete die Unzufriedenheit, den Argwohn der sozialistischen Massen, denen alles, was nach national aussah, ein Greuel war. Es zeigte sich auch hier wieder die üble Frucht der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Parteitaktik, die über die parteipolitische Schulung (Verbeizung) der Massen im Gegensatz zu anderen Ländern die politische Erziehung vernachlässigt hatte. Zaurès war gewiß ein echter Sozialdemokrat, ein glühender Anhänger der Internationale, und doch hat er auf dem internationalen Kongreß der Sozialdemokratie am 21. August 1907 den wahren Satz ausgesprochen, daß die Nation das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschrittes sei und es dem Proletariat schlecht ansteünde, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. Die Massen in Deutschland hatten aber nichts davon gehört, sie wußten nichts von dem Wesen der Nation, in der sie nur ein Gefäß für den Klassenkampf erblickten, sie vermochten nicht zu begreifen, daß eine Internationale die Nation voraussetzt. Die Tatsache, daß die Volksratsbewegung national d. h. in unserer Sprache deutsch war, genügte, um sie der sozialdemokratischen Partei verdächtig zu machen. Die dieser Partei angehörenden Regierungsmänner, die einerseits die Volksratsbewegung im Interesse der Regierung unterstützten, sich ihr aber im Interesse der Partei nicht offen anschließen wollten, mußten demnach Politik mit halben Mitteln treiben. Auch hier also zweideutiges Spiel.

Die sozialdemokratische Parteileitung selbst befand sich der Volksratsbewegung der Ostmark gegenüber in einer unbequemen Lage. Sie hatte nicht die Kraft und den Einfluß, um in der Ostmark die Führung des Deutschtums zu ergreifen; sie fühlte zwar, daß etwas, sogar in ihrem eigenen Parteinteresse, geschehen mußte, um dem reaktionären Polentum den deutschen Wall entgegenzusetzen, da sie einsichtsvoll genug war, um zu begreifen, daß das nationalbewußte Polentum antisozialistisch gesinnt ist, daß die resloße Abtretung der Ostmark indirekt das Interesse der Partei schädigte und daß der Verlust der Ostmark letzten Endes bei dem Wiedererwachen des deutschen Nationalgefühls dem Schuldkonto der sozialdemokratischen Partei zugeschrieben werden würde, falls sie in nationaler Beziehung gänzlich untätig blieb. Da sie selbst nicht führend sein konnte, beschränkte sie sich darauf, ihr Verhalten nicht nach dem Interesse der Gesamtheit, sondern nach parteitaktischen Erwägungen einzurichten. Diese Rücksichtnahme bedingte einen Eiertanz, der manchmal groteske Formen annahm. Die sozialdemokratische Partei, die sich im Westen als Hüterin der nationalen Einheit aufspielt, weil sie damit den Kampf gegen die kapitalistischen Sonderbündler verbinden kann, besaß im Osten keine dermaßen vorgezeichnete Marschroute. Sich als national zu bezeichnen, erschien der internationalen Partei zu bedenklich, rücksichtslos für das Deutschtum einzutreten, konnte sie schon mit Rücksicht auf ihre polnischen Mitglieder nicht, zumal sie außerdem noch aus außerpolitischen Beweggründen heraus für möglichste Befriedigung der Polen kraft der angenommenen Wilsonschen Prinzipien eintreten zu müssen glaubte. Andererseits war sie sich wohl bewußt, daß die territoriale Stärkung des Polentums nur auf Kosten der Parteiinteressen erfolgen konnte, und es blieb ihr auch nicht verborgen, daß ein großer Teil der hinter ihr stehenden deutschen Arbeiterschaft deutsch gesinnt war und abzuschwenken drohte, falls die Partei sich nicht zur Notwendigkeit eines tatkräftigen Schutzes des Deutschtums gegenüber der drohenden polnischen Gefahr bekannte. Wie die Dinge lagen, hätte die Parteileitung sich vielleicht entschlossen, in nationaler Beziehung offen Farbe zu bekennen, wenn die einzelnen Parteiführer im Osten es für opportun gehalten hätten. Daran haperte es aber. Diese Führer hatten neben dem Interesse der Partei auch noch ihr eigenes im Auge, das sie bewog, sich jeweilig nach der innerpolitischen Konstellation und den wandelbaren Wünschen der Massen zu richten. Die immer stärker um sich greifende Bewegung der unabhängigen Sozialdemokratie, die ausgesprochen antinational ist und jeden Gewaltfrieden je schlimmer desto besser guthießt, gewann auch in der Ostmark zusehens Boden, und es schien auch manchmal, als ob sie in Berlin den Sieg im Kampfe um die Regierung zu erringen im Begriffe war. Dies bedeutete für die mehr-

Heitssozialistischen Parteiführer in der Ostmark einen Grund mehr, sich national nicht zu sehr festzulegen und den Kampf um die Erhaltung des Deutschtums lau zu führen, um sich zu jeder Zeit die Hintertür offen zu halten. Was sie auf jeden Fall vermeiden zu müssen glaubten, war, den Führern der Volksratsbewegung die Hand zum gemeinsamen Einstand für die deutsche Sache zu reichen, da sie fürchteten, sich dadurch die radikal gesinnten Massen verdächtig zu machen und die Führerschaft zu verlieren. Worin diese provinziellen Parteiführer mit der Parteileitung übereinstimmten, war die Mißgunst, daß die große überparteiliche Volksratsbewegung dem Parteifüßel den Wind abfangen könnte. Schnöder Konkurrenzneid nötigte die sozialdemokratische Partei von vornherein zu einer reservierten Haltung, die ablehnend und manchmal offen feindlich war, sofern es von einzelnen Parteiführern für zweckmäßig erachtet wurde. Dabei scheute sich ein großer Teil dieser Leute nicht, der Volksratsbewegung reaktionäre oder gar gegenrevolutionäre Bestrebungen unterzuschleichen, obwohl sie genau darüber unterrichtet waren, daß sie es in der Hand hatten, sich der Bewegung anzuschließen, sie zu kontrollieren und womöglich ihre Führung zu übernehmen.

Der nichtsozialistische Teil der Regierung stand der Volksratsbewegung desgleichen mißtrauisch gegenüber. Das Zentrum schwamm im Fahrwasser Erzbergers, der durchaus nicht gewillt war, seine Karten in der Ostmarkenpolitik aufzudecken und damit sich nicht als Förderer der Volksratsbewegung bekannte, und die Demokratische Partei witterte darin eine großzügig angelegte Propaganda für die rechtsstehenden Parteien, die sie ohne Schädigung ihrer eigenen Interessen nicht mitmachen zu können glaubte. Die Parteisache mußte auch hier vorgehen.

Man sprach immer von der Ostmark, wie man von einer Reichsregierung und einem deutschen Volke redete. Die Anwendung dieses Sprachgebrauches setzte Begriffe voraus, deren Inhalt man als gegeben ansah, ohne zu bedenken, daß sich der reale Untergrund verschoben hatte. Was man früher unter der Ostmark verstanden hatte, existierte längst nicht mehr, ebenso wie sich das geändert hatte, was bisher mit „Volk“ oder „Regierung“ bezeichnet worden war. Der Inhalt der Begriffe war ein anderer geworden. Die feste preußische Staatsgewalt, die die Ostmark geschaffen hatte, war mit ihr zerfallen; die Provinzen der Ostmark befanden sich in einem noch schlimmeren Zustand der Auflösung als die übrigen Teile des Reiches, da zu den inneren Feinden der Staats- und Gesellschaftsordnung noch die Polen hinzutraten. Das Gemeinschaftsgefühl, das die Ostmark als solche schuf, wurde durch den materialistischen Zug, der die Massen nur an die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Befriedigung ihrer Machtgelüste denken ließ, zerrissen. Die Gefahr aber, die durch die Polen von innen und außen (Kongregipolen) den ostmärkischen Landesteilen drohte, erwies sich als starkes Gegengewicht gegen die Auflösungstendenzen. Das in Klammerngemeinschaften auseinanderzufallen drohende Deutschtum der Ostmark fand sich durch die polnische Gefahr wieder einigermaßen zusammen; die von Posen, hauptsächlich von dem Regedistrikt (Bromberg) ausgehende Volksratsbewegung einte die Deutschen, brachte ihnen wieder zum Bewußtsein, daß sie in erster Linie Deutsche und dann erst Angehörige einer bestimmten Erwerbsgruppe wären. Posen und Westpreußen organisierten sich in diesem Sinne selbst, das ganze Land und ein erheblicher Teil der städtischen Bevölkerung einschließlich großer von der radikal-sozialdemokratischen Richtung emanzipierter Arbeitermassen stellte sich in den Dienst der großen Aufgabe, und so erst entstand die Ostmark wieder. Wenn man jetzt von der Ostmark redete — geredet und geschrieben wurde ja sehr viel darüber — oder richtiger ausgedrückt, wenn die „Ostmark“ jetzt von sich reden machte, so handelte es sich dabei nur um die in den Volksräten „organisierte“ Ostmark, um Posen und Westpreußen. Späterhin wurden Verbindungen mit den Organisationen des ostpreußischen Heimdienstes und den werdenden ostpreußischen Volksräten Ostpreußens angeknüpft, Oberschlesien fand sich ebenfalls zusammen, und dem leer gewordenen Begriff der Ostmark konnte man wieder einen Inhalt geben. Innerpolitisch blieb Oberschlesien etwas abseits, und der spiritus rector des ostmärkischen

Gedankens verkörperte sich in der „Deutschen Vereinigung“ in Bromberg, dem wirksamsten Organ der Volksratsbewegung. Dort wurden die Fäden gesponnen und straff gespannt, die die Ostmark umfaßten.

Es wurde schon ausgeführt, was das Ziel der Volksratsbewegung war, nämlich die Deutscherhaltung der gesamten Ostmark. Gewaltig war die Aufgabe und schwer, vor allem wegen der Widerstände, die im Innern zu überwinden waren, und wegen der schwankenden und ziellosen Haltung der Regierung. Die auf die Einigung des gesamten Deutschlands hinielende Bewegung — denn ohne diese Einigung war die Erreichung des Erfolges aussichtslos — hatte mit der geschilderten Abneigung der großen politischen Parteien, mit der Gleichgültigkeit des Bürgertums und Großgrundbesitzes, mit der volksfeindlichen Haltung der von radikalsozialistischer Seite irreführten und auf ihr eigenes Wohl erpichten Massen der sogenannten werktätigen Bevölkerung zu kämpfen. Auf der anderen Seite war der Wählerarbeit der polnischen Propaganda zu begegnen, und letzten Endes mußte die Regierung auf den Weg aktiver Politik zum Schutze der deutschen Ostmark gedrängt werden. Gestreift wurde schon, daß die Regierung sich nicht entschließen konnte, sich voll und ganz auf die Volksräte zu stützen und Politik mit ganzen, tauglichen Mitteln zu führen. Erwünscht war ihr die Erweckung des deutschen Geistes, die Anfachung der gewaltigen Proteststürme, die aus der Ostmark dank der Tätigkeit der Volksräte gegen die zutage tretenden Vergewaltigungspläne der Feinde hinausbrausten; dabei blieb es aber. Sie konnte es nicht zustande bringen, den Volksräten, die immer ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Regierung erklärten, rückhaltlos zu vertrauen, noch ein Programm für die Rettung der Ostmark zu entwerfen. Darauf kam es aber an. Punkt 13 der Wilsonschen Prinzipien, der die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates mit sicherem Ausgang zum Meer vorsah, war angenommen, und die Regierung zögerte, programmatisch zu erklären, wie sie sich die Ausführung dieser Verpflichtung dachte. Reichsminister hielten Reden, die in Protesten ausklangen, zweideutige Versicherungen wurden der deutschen Bevölkerung abgegeben, weder der Feind noch das eigene Volk war sich jemals im Klaren darüber, was die Regierung eigentlich wollte. So oft die Volksräte auf klare Entscheidung drängten, inwieweit die Regierung in der Behandlung der Ostfrage gehen wollte, kamen ausweichende oder gar keine Antworten. Daneben wurde von seiten der Regierung völlig verabräumt, mit den Polen in Fühlung zu treten und zu sondieren, inwieweit sich ihre Wünsche mit dem berechtigten Lebensinteresse der deutschen Ostmark vereinen ließen. Das Opfer gebracht werden mußten, war doch von vornherein klar, es handelte sich aber darum, weniger ihren quantitativen (territorialen) Umfang als ihren qualitativen Gehalt (Zugeständnisse auf jedem Gebiet innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches) in Erfahrung zu bringen. Die innere Schwäche der Regierung, ihre Scheu wegen der innerpolitischen Zustände an diese Frage mit Großzügigkeit heranzugehen, verhinderte sie an aktiver Politik und bestimmte sie, alles der Güte Wilsons, dem Zufall und dem *deus ex machina* zu überlassen. Gegenüber den Polen konnte die Regierung nichts zustande bringen, weder in der leidigen Geißelfrage, noch in militärischer Beziehung. Bald raffelte sie mit dem Säbel, bald steckte sie den halb gezogenen wieder ein, bald drohte sie, bald verhandelte sie, um die Verhandlungen wieder abzubrechen. Schließlich kam die Demarkationslinie. Die Bevölkerung wurde beruhigt; die Demarkationslinie sollte auf keinen Fall die endgültige Festsetzung der Grenzen bedeuten, wobei sich die Regierung immer noch in der Hoffnung wiegte, daß diese Linie schlimmstenfalls den Höchstverlust an Gebiet umgrenzen würde. Dabei war die Regierung unfähig, hinter der Demarkationslinie der verheßenden Tätigkeit der polnischen Presse und der polnischen Volksräte einen Riegel vorzuschieben. Zu allem mußte sie gestoßen und gedrängt werden, um es entweder halb oder zu spät zu tun.

Die Stellung der Volksräte war unter diesen Verhältnissen unsagbar schwer. Sie wollten die Regierung stützen und die moralische Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung durch festen, inneren Zusammenschluß stärken. Sie wären von vorn-

herein noch weiter gegangen und hätten selbst ein Programm entworfen, wie die Ostmark gerettet werden könnte und müßte, wenn sie es mit Rücksicht auf die Regierung, die sie stützen wollten, hätten wagen dürfen. Sie durften es nicht, um nicht der Regierung in den Rücken zu fallen, die immer wieder erklärte, daß sie alles in dieser Beziehung zu tun gedächte, und eindringlichst bat, ihre Pläne nicht zu durchkreuzen. Schweren Herzens überließen die Volksräte die politische Führung der Regierung, der sie ihr Vertrauen und ihre loyale Haltung erklärten.

Am 7. Mai kam in Versailles die Antwort auf die Vertrauensseligkeit und die schwächliche Haltung der Regierung. Die Ostmark wußte, woran sie war. Noch einmal bat die Regierung in einer besonderen Kundgebung an die Ostmark um Ruhe und Vertrauen, und noch einmal bewogen die Volksräte die erregten Massen, Ruhe zu bewahren, damit die Regierung ihre guten Absichten im Verhandlungswege verwirklichen könnte. Nach den feierlichen Erklärungen der Regierung würden die ersten Friedensbedingungen nicht das letzte Wort der Feinde bleiben, und blieben sie es, so würde die Regierung sie nie unterschreiben. Der Osten richtete sich danach. Seine Lösung war Unterstützung der Regierung und Widerstand gegen jeden Angriff, falls der Frieden nicht zustande kommen sollte. Immerhin fühlte die Regierung, daß tatsächlich etwas getan werden müßte, und daß Ministerreden und amtliche Kundgebungen allein weder genügten, um als aktive Politik zu gelten, noch um die deutsche Bevölkerung der Ostmark im Vertrauen zu ihr zu erhalten. Auf ihre Veranlassung traten am 22. Mai die Abgeordneten des Ostens in Berlin zusammen, vereinigten sich alsdann in Marienburg, um sich dort in zwei Aktionsausschüsse für die Nord- und Südgruppe der Ostmark zu spalten. Mit gewaltigen Gepränge trat dieses „Ostparlament“, das aber keines sein wollte, in die Erscheinung, um als Seifenblase kläglich zu zerplatzen. Die Rettung der Ostmark hatte das Ostparlament ebenfalls auf seine Fahnen geschrieben, daneben desgleichen Stützung der Regierung, die es so „ehrlich“ meint und so „fest“ bleiben wird. Alle Parteigegensätze stellten die Abgeordneten zurück, wovon sie nicht genug zu rühmen wußten. Was aber wollten sie tun? Sie konnten nichts tun, sie wußten es selbst und taten darum auch nichts. An sich wäre dies weiter nicht schlimm gewesen, wenn sie erstens nicht den gutgläubigen Deutschen mit fiktiver Tätigkeit Sand in die Augen streuten, und zweitens wiederum sich ablehnend gegen die Volksratsbewegung verhielten. Die Stimmung in der Ostmark sollte für den Fall bearbeitet werden, daß die Entente die Volksabstimmung im gesamten Osten guthieß, obwohl die Pariser Spazier es schon von den Dächern pfeifen, wie die zweite Antwort ausfallen würde. Das war die Hauptaufgabe der Herren Abgeordneten, die sie gar nicht zu lösen brauchten, da dieses Exempel ihnen niemals von der Entente aufgegeben wurde! Im übrigen predigten sie Unterstützung der Regierung, die niemals einen Gewaltfrieden unterzeichnen würde. Über die dritte Möglichkeit, daß eine andere Regierung den Gewaltfrieden doch unterschreiben würde, gingen diese Politiker mit leichter Handbewegung hinweg. Sie hatten sich ihre Aufgabe leicht gemacht.

Der Volksratsausschuß, in dem sich die Volksräte und Vertretungen des ostpreussischen Heimatdienstes vereinigt hatten, erkannte frühzeitig die innere Hohlheit des parlamentarischen Aktionsausschusses. Schon einige Tage vorher hatten die Volksräte in der bekannten Marienburger Entschließung vom 28. Mai einen Versuchsballon entsandt, der die Regierung warnen und auf den richtigen Weg weisen wollte. Ehe ein endgültiger Gewaltspruch der Entente die Entscheidung im Osten unabänderlich machte und ehe eine schwache Regierung sich dieser beugte, sollte noch einmal versucht werden, ein wirkliches Programm für die Lösung der Ostfrage zu entwerfen. Das Programm lautete: Ausgleich mit den Polen. Bieweit der Ausgleich gehen sollte, wurde damals nicht angedeutet: seine Voraussetzung und sein Ziel war die Deutscherhaltung der Ostmark. Regierung und Ostparlament schrien Hochverrat, dieselben Leute waren es, die einige Tage später mehr als einen Ausgleich, nämlich die restlose Abtretung des größten Teiles der Ostmark unterschrieben oder billigten! Die Ostfrage war nun

einmal, was der Regierung wie dem sogenannten Ostparlament entgangen zu sein schien, weder durch Fortsetzung der früheren „hakatifistischen“ Politik, noch durch tatenloses Abwarten auf den Spruch der Feinde oder etwa noch, wie sich die Parlamentarier einbildeten, durch „Aufklärung“ der Polen zu lösen. Es mußte gehandelt werden. Es mußte ein Weg gefunden werden, der die ganze Ostmark, so wie sie in den preußischen Provinzen existierte, ungeteilt für das Deutschtum und damit für das deutsche Volk erhielt. Der jetzt eingetretenen Gefahr war zu begegnen, daß die Ostmark zerplittert, zerrissen, das Deutschtum darin stückweise vernichtet wurde und die Ostmark alsdann dauernd dem deutschen Volk verloren ging. Die Ostmark sollte die Brücke zwischen Deutschland und Polen werden und kein Keil, den der Pole, wie jetzt, tief hinein in das deutsche Fleisch gegen das Herz zustoßen kann. Nichts von alledem geschah. Die Regierung hatte ihren zweiten folgenschweren Fehler in der Behandlung der Ostmarkenfrage begangen, indem sie in ihren Gegenvorschlägen glaubte, den polnischen Imperialisismus mit Brocken aus der Ostmark befriedigen zu können. Nach dem Regierungsvorschlage sollte die Ostmark stückweise verschachert werden. Die Regierung war sich nicht darüber klar, daß es für die Polen nur heißen konnte: alles oder nichts, daß die Zerstückung der Ostmark ein Todesstoß für ihr Deutschtum bedeuten mußte. Die Regierung setzte damit die Ostmark endgültig auf die abschüssige Bahn, von der sie ein Tritt der Feinde in den polnischen Abgrund schleuderte.

Während die Regierung sich damit begnügte, auf die Annahme oder Diskussion ihrer Gegenvorschläge zu warten, während die Parlamentarier des Ostens darüber berieten, wie sie unter „Ausschaltung der Parteigegensätze“ für den Fall der evtl. Annahme der Bedingung einer Volksabstimmung für die abzutretenden Ostgebiete am zweckmäßigsten die polnischen Bevölkerungsteile für die Option für Deutschland bearbeiten könnten — es war trotz der ersten Zeit schwer, nicht darüber zu lachen — sahen die Volksräte das drohende Unglück voraus. Ihr in Danzig eingesetzter Volksratsausschuß wurde sich darüber klar, daß die Regierung in der Frage der Ablehnung des unwiderruflich scheinenden Gewaltfriedens versagen und unterzeichnen würde, gegebenenfalls nach Umbildung des Kabinetts. Die Volksräte berieten für diesen Fall, der als der wahrscheinlichste angesehen wurde und angesehen werden mußte — man vergleiche damit die Vorarbeiten der Parlamentarier für ihre Luftschlösser! — und kamen zu der Einsicht, daß erstens die Gefahr für die Ostmark nur durch Bildung eines selbständigen Staates abgewendet werden konnte und daß zweitens dies nur mit Billigung und Unterstützung der Regierung geschehen durfte, die von diesem Mittel als der alleinigen Möglichkeit zur Deutscherhaltung der Ostmark zu überzeugen war. Gleichzeitig — und dies war das dritte Erfordernis — mußten sämtliche militärische Stellen bereit sein, mit allen verfügbaren Mitteln bewaffneten Widerstand zu leisten und die durchaus kampfbereite Bevölkerung militärisch zu organisieren. Während den Parlamentariern das Reden und Debattieren überlassen wurde, gingen die Volksräte sachlich ans Werk und versicherten sich der Unterstützung der maßgebendsten Regierungsmänner wie z. B. des Ministers Noske, der Reichskommissare Winnig und Hörning, der ostmärkischen Oberpräsidenten und Präsidenten, sowie der in Frage kommenden militärischen Behörden. Die in der Volksratsbewegung organisierte Bevölkerung wurde entsprechend informiert, und es ergingen vorsichtige Sondierungen bei polnischen Führern, wie sie sich zu der Frage einer Ostrepublik mit völliger polnischer Gleich- und Mitberechtigung stellen würden. . . .

Dem Donnereschlag der bedingungslosen Annahme des Gewaltfriedens folgte der zweite und wirklich entscheidende, daß die neue Regierung einschließlich der aus der alten übernommenen und für den Ostrepublikplan gewonnenen Mitglieder gänzlich umschwenkte, die Ostmark endgültig fallen ließ und erklärte, daß sie jedem Vorgehen, die Ausführung des aufgezwungenen Friedensvertrages im Osten zu vereiteln, entgegenreten würde. Nun setzte gleichzeitig die sozialdemokratische Gegenpropaganda ein, daß alte Märchen von den reaktionären und gegenrevolutionären Plänen der Volksratsbewegung wurde neu aufgewärmt. Die

Volksräte wurden als Beschützer des Kapitalismus hingestellt und die Arbeitermassen aufgefordert, nur an sich und nicht mehr an das Vaterland zu denken. Die sozialdemokratische Parole war: *ubi bene, ibi patria*; die Arbeiter würden sich auch in Polen ihre „heiligen“ Rechte erzwingen, das wäre die Hauptsache, alles andere ginge sie nichts an. Die Reichskommissare, Präsidenten und Generäle fielen um, und der ausgedachte Plan war zum Scheitern verurteilt, da der Feind angesichts der Streikandrohungen der Arbeiterschaft in Danzig und Thorn, ihrer unsicheren Haltung in den anderen Städten im eigenen Land stand. Nicht vor den Polen sondern vor den eigenen Volksgenossen streckte die Ostmark die Waffen.

Oberschlesien löste sich von der Ostmark los, um sich mit dem Zugeständnis der Volksabstimmung abzufinden; der Widerstand der einflußreichen, unabhängigen sozialdemokratischen Anhängerenschaft gegen jede deutsche Regierung sowie die unschlüssige Haltung der mehrheitssozialdemokratischen Partei in Oberschlesien war ein Hinderungsgrund dafür, im Interesse der Gesamtheit des Deutschlands in der Ostmark zu handeln. Der Zermürbungsplan war von der Entente schlau eingefädelt; ihre Spekulation auf die innere Uneinigkeit der Deutschen und auf ihre durch die Parteipolitik hervorgerufene Verblendung war geglückt. Für Oberschlesien, einige Teile Westpreußens und Ostpreußens wurde Volksabstimmung unter gewissen „Garantien“ zugestanden, aus Danzig ein besonderer „Freistaat“ geschaffen, und damit war die Ostmark dank der Kurzsichtigkeit der politischen Parteien gespalten. Ihnen fehlte jedes Verständnis, um zu erkennen, daß diese Zugeständnisse nur taktische Manöver waren und keineswegs der Anerkennung irgendwelcher Rechtsprinzipien entsprangen. Das Ziel der Entente blieb trotzdem die restlose Vernichtung des ostmärktischen Deutschlands, der gerade diese Zugeständnisse den Weg ebnen sollten, denn eine einheitsliche Behandlung der Ostmark hätte sie vielleicht einig erhalten, und dies sollte verhindert werden.

Wen trifft die Schuld an all diesem? Um hierauf die Antwort zu geben, braucht das einmal Gesagte nur kurz kritisch zusammengefaßt zu werden.

Die Regierung wollte einmal die Ostmark nicht aufgeben, konnte sich aber nicht entschließen, ernsthafte Schritte zu unternehmen, um ihren Willen durchzusetzen. Sie spielte mit allen Möglichkeiten, ohne jemals eine von ihnen ernsthaft ins Auge zu fassen. Sie wollte sich der Volksratsbewegung bedienen, vermochte es aber nicht über sich zu bringen, sie tatkräftig zu unterstützen. Sie war verschwenderisch mit Versprechungen, wurde sich aber niemals klar darüber, ob sie jemals eine ihrer Zusagen würde halten können. Sie wollte den Ernst der Lage nicht erkennen und versperrte sich jeden Weg, der zur Rettung der Ostmark hinführte. Aus innerpolitischen Gründen war sie einer Regelung der Ostfrage vor Abschluß des Friedensvertrages abgeneigt, um die Ostmark dann zum Schluß wiederum aus rein innerpolitischen Ursachen gänzlich fallen zu lassen. Unfähig einen Entschluß zu fassen, schwankte die Regierung so lange hin und her, bis sie schließlich umfiel.

Die sozialdemokratische Partei, deren Haltung auf die Stellung der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ausschlaggebend war, handelte nach rein parteitaktischen Beweggründen. Solange sie es für ihre Zwecke angemessen fand, verhielt sie sich der ostmärktischen Volksratsbewegung gegenüber gleichgültig, lau, manchmal halb zustimmend, um im entscheidenden Augenblick entschieden ablehnend zu werden. Wie die innerpolitische Lage bei der Annahme des Gewaltfriedens stand, hielt sie es für ihre Parteizwecke nicht mehr für opportun, eine Bewegung zu unterstützen, deren erfolgreicher Ausgang nicht für ihren Nutzen ausbeutet werden konnte. Sie fürchtete von einem eventuellen Widerstand der Ostmark, selbst für den Fall, daß er durchschlagenden Erfolg für die deutsche Sache hätte haben können, eine Schwächung der Partei in Deutschland und ein Erstarken des antisozialdemokratischen Gedankens. Nur aus diesem Grunde schwenkte sie endgültig um.

Das Zentrum bildete den getreuen Sekundanten, ebenfalls nur aus rein parteitaktischen Erwägungen. Die Demokraten, die bisher der Volksratsbewegung mißtrauisch gegenüberstanden, schieden mit dem Weggang aus der Regierung von der Teilnahme an aktiver Politik aus und verhielten sich weiter gleichgültig.

Es muß noch die Frage beantwortet werden, ob die Bewegung in der Ostmark die geringste Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Antwort ist nicht schwer, aber sie hängt von der Berücksichtigung zu vieler Faktoren ab, als daß sie erschöpfend und durchsichtig gegeben werden könnte. Zwei Möglichkeiten müßten in Betracht gezogen werden. Einmal war die Ostmark berechtigt, der Zusage der Regierung zu vertrauen, daß kein Friede mit Preisgabe der Ostprovinzen geschlossen werden würde; in diesem Falle war der bewaffnete Widerstand gegen etwaigen polnischen Angriff nur die logische Fortsetzung der amtlichen Politik. Oder die Regierung unterzeichnete und ließ der Ostmark kraft der gegebenen Versicherungen freie Hand. Dann war eine neue Lage geschaffen, in der die Ostmark selbständig handeln und verhandeln konnte. Es war klar, daß die Ostmark, sobald sie gerüstet und einig dastand, ein beachtenswerter Verhandlungsgegner für die Polen gewesen wäre. Sie wäre imstande gewesen, aus der neu geschaffenen politischen Konstellation Vorteile zu ziehen, die ihr mit bedingungsloser Unterwerfung notgedrungen entgehen mußten. Es war überhaupt nicht von vornherein gewiß, daß es zu Kämpfen hätte kommen müssen; die Einleitung neuer Verhandlungen über die Ostfrage lag mehr im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Zu berücksichtigen war dabei hauptsächlich die geringe Neigung der preussischen Polen, restlos in Kongreßpolen aufzugehen und die Möglichkeit, daß sie für eine Verständigung mit dem Deutschtum der Ostmark zu gewinnen gewesen wären.

Die Haltung der Regierung und der großen politischen Parteien versperre den Weg zur Ausnutzung politischer Möglichkeiten.

Der Zusammenbruch im Osten ist demnach auf das Fiasko der Parteipolitik zurückzuführen.

Die Volksräte der Ostmark haben aber trotzdem ihre politische Rolle nicht ausgespielt, denn sie haben noch immer die schwere Aufgabe vor sich, die Interessen des Deutschtums im künftigen Polen wahrzunehmen. Da die deutsche Regierung sich auf Grund des von ihr unterschriebenen Friedensvertrages jeden Einflusses auf die Regelung des Schutzes der deutschen Minderheit begeben hat, liegt es den Volksräten nunmehr ob, die Sache des Deutschtums selbst in die Hand zu nehmen. Die Segnungen ihrer eingeleiteten Schritte werden auch den Bevölkerungsklassen späterhin zugute kommen, die zurzeit noch in dem Wahne befangen sind, daß der nationale Gedanke überlebt ist und die Welt nunmehr nur noch im Zeichen der „heiligen“ Rechte des internationalen Proletariats steht.

Die Volksräte bleiben die parteilosen Hüter des deutschen Gedankens in der an Polen abgetretenen Ostmark.

